

## Kernenergie - die Bewältigung unserer Zukunft als Chance und Risiko

---

*Hans Matthöfer, geb. 1925 in Bochum, ist seit 1974 Bundesminister für Forschung und Technologie. Nach einem Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Frankfurt/Main und Madison (Wisconsin), USA, arbeitete er seit 1953 beim Vorstand der IG Metall, seit 1961 als Leiter der Abteilung Bildungswesen. Seit 1972 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.*

Als vor mehr als zwanzig Jahren die Grundlagen zur Entwicklung und Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke geschaffen wurden, dachte kaum jemand daran, daß diese Technologie einmal Gegenstand kontroverser Diskussionen sein würde. Im Gegenteil: Politiker aller Parteien ebenso wie die Vertreter der großen gesellschaftlichen Gruppen waren sich in dem Bemühen einig, Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet mit staatlicher finanzieller und organisatorischer Unterstützung in Gang zu setzen. Auch in der Zeit der „Anti-Atom-Tod-Bewegung“, von Teilen der Parteien und der Gewerkschaften ebenso unterstützt wie von Wissenschaftlern, gab es breite, teilweise euphorische Zustimmung zur friedlichen Kernenergienutzung, obwohl damals die unmittelbare Notwendigkeit ihres Beitrags zur Energieversorgung überhaupt nicht absehbar war. Eine Vielzahl von Schriften sah mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie ein neues, das „atomare Zeitalter“ anbrechen, mit dem man übertriebene Hoffnungen in bezug auf Erleichterung der menschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen verband.

Man mag die Richtigkeit der damaligen Meinungsbildung unterschiedlich beurteilen. In jedem Falle muß man feststellen, daß auf diesem Hintergrund weit in die Zukunft reichende Entscheidungen für die staatliche Forschungs- und Technologiepolitik getroffen wurden. Mit der Förderung der Forschung im Bereich der Kernenergie wurde erstmals - außerhalb der Rüstungsindustrie - eine marktferne Wirtschaftstätigkeit gefördert, die die Leistungskraft und Risikobereitschaft der Industrie bei weitem überstieg. Gründung und Ausbau der Kernforschungszentren, Verabschiedung des Atomgesetzes, Errichtung der ersten Forschungsreaktoren,

Verabschiedung der ersten drei Atomprogramme und jährliche Festlegung der staatlichen Mittel für diesen Bereich im Rahmen der Haushaltsgesetze vollzogen sich in einer Atmosphäre allgemeiner Einmütigkeit, abseits des öffentlichen Interesses, auch abseits eines vertieften Interesses der meisten Parlamentarier aller Parteien.

Eine öffentliche Diskussion, damals schon eine erste Resonanz auf die ablehnende Haltung einiger Gruppen gegenüber der friedlichen Kernenergienutzung, gab es erstmals im Vorfeld des 4. Atomprogramms für den Zeitraum von 1973 bis 1976. Kontroverse Diskussionen in Parteien und im Bundestag gab es allerdings auch darüber nicht. Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbände artikulierten aber schon ihre Ablehnung der Kernenergie. Zu diesem Zeitpunkt waren schon einige Kernkraftwerke in Betrieb und in Bau, ohne daß sich um ihre Errichtung und Inbetriebnahme größere Diskussionen oder Auseinandersetzungen entzündet hätten.

#### *Kritisches Bewußtsein und Unbehagen*

Inzwischen hat sich die Situation drastisch verändert. Wer heute in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und in weiten Teilen der Bevölkerung über Energie- und Wachstumsfragen diskutiert, der stößt schnell auf eine deutliche Zunahme von Skepsis und kritischer Stimmen gegenüber der Kernenergie. Diese Entwicklung ist auch positiv zu bewerten, weil hier ein Prozeß in Gang gekommen ist, bei dem erstmals über die Erfahrung mit einer neuen Technologie eine breite, öffentliche Meinungsbildung erfolgt. Wir haben es mit einem erhöhten Umweltbewußtsein, mit zunehmendem Partizipationsbegehren, mit steigendem kritischem Bewußtsein gegenüber Energie- und Rohstoffverschwendung zu tun.

Eine andere Entwicklungstendenz wird weniger beachtet: Das politische Geschehen nimmt an Kompliziertheit zu, es hängt mit immer komplizierter werdenden Verfahren und Vorschriften zusammen. Der einzelne Bürger bekommt in zunehmendem Maße seine Ohnmacht gegenüber Verfahrensabläufen in der Wirtschaft, in der Verwaltung und in der Politik zu spüren. Er sieht sich in der Rolle eines Zuschauers, obwohl er selbst betroffen ist, und reagiert mit „Unbehagen“. Dieses Unbehagen entsteht an vielen Stellen, im Umgang mit staatlichen Behörden wie mit anderen Institutionen. Vieles ist immer schon geregelt und macht den einzelnen zu einem Fall innerhalb bestehender Vorschriften. Vielleicht verschafft sich ein Teil dieses Unbehagens in der Kernenergie-Diskussion Luft.

Wer diesen Druck von unten auf konservative Weise zur Kenntnis nimmt und nichts anderes als die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status quo anstrebt, mag zunächst wenig Problembewußtsein entwickeln. Dabei kann heute und erst recht in der Zukunft keine der großen Organisationen, die Gewicht in der politischen Meinungs- und Willensbildung haben, sich ohne weiteres der Übereinstimmung mit ihrer jeweiligen Basis in der Einschätzung der politischen Entwicklung sicher sein. Sozialdemokraten und Gewerkschafter bekommen diese „Legitimationslücke“ we-

gen der demokratischen Tradition ihrer Organisationen vielleicht eher zu spüren als konservative Gruppierungen. Um so mehr müssen beide sich bemühen, sich den Beteiligungswünschen der Bürger zu stellen. Das entspricht ihrer geistigen und politischen Tradition.

### *Demokratische Durchsetzung und politische Aufklärung*

In geschichtlicher Perspektive ist die politische Durchsetzung einer neuen „Ordnung politischer und gesellschaftlicher Freiheit und Selbstbestimmung, wirtschaftlicher Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit“ ein grundlegendes Ziel des Programms der SPD. Von Anfang an war es das Ziel der Gewerkschaften, „der Würde des arbeitenden Menschen Achtung zu verschaffen und sie zu schützen, ihn sozial zu sichern und eine Gesellschaftsordnung zu erkämpfen, die allen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit ermöglicht“. So steht es in der Präambel des DGB-Grundsatzprogramms.

Aus unterschiedlicher gesellschaftlicher Verantwortung sind die grundlegenden Ziele der Gewerkschaften und der SPD bis heute dieselben geblieben: Es geht nach wie vor um die schrittweise und zielstrebige Durchsetzung einer demokratischen Gesellschaft; einer Gesellschaft, in der nichtmanipulierte Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen möglichst große Freiheitsräume, ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und Chancengleichheit beanspruchen und selbstbewußt durchsetzen. In diesen grundlegenden Zielsetzungen verhalten sich Gewerkschafter wie Sozialdemokraten mit einem Wort von *Erhard Eppler* „wertkonservativ“.

Andererseits bedarf die Gewerkschaftsbewegung nach ihrer geschichtlichen Erfahrung durchaus keiner Belehrungen über das, was als „realistische Einschätzung“ in bestimmten gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen zu gelten hat. Es liegt auf der Hand, daß demokratische Durchsetzungsstrategien stets an Aufklärungsprozesse gebunden sind. Die Chancen unserer Politik reichen bestenfalls so weit, wie Aufklärung sich durchsetzen kann. Aufklärung und sozialdemokratische Politik bilden eine Einheit. Öffentlichkeitsarbeit, politische Bildung und Aktion sind deshalb auch gleichermaßen Funktionen von politischer und gesellschaftlicher Aufklärung.

Es ist richtig, daß die weltweite Verknappung der Rohstoffe und der fossilen Energieträger uns langfristig zum Umdenken bewegen muß, aber man sollte sich hüten, voreilig vereinfachte Schlüsse zu ziehen. Es stimmt bei allem Respekt für den umweltbewußten Abgeordneten *Gruhl* durchaus bedenklich, wenn er formuliert: „Jetzt muß die Zukunft geplant werden. Und es ist weit und breit niemand sichtbar, der das tun könnte, außer dem Staat. Wenn er es aber tut, dann muß er jetzt tatsächlich viele Freiheiten entschlossen aufheben, um das Chaos zu verhüten.“ Oder: „Die Erde ist ein inzwischen vollbesetztes Raumschiff. In einem Raumschiff gibt es so gut

wie keine Freiheit, jede Ration, jeder Griff, jede Handlung ist genau vorgeschrieben. Jeder muß sich anpassen."

Geschichtliche Erfahrungen zeigen deutlich, daß es für Sozialdemokraten und Gewerkschafter keine Alternative zu demokratisch legitimierten Strategien gibt. Deshalb gibt es in immer rascher sich wandelnden, noch komplexer und noch schwerer durchschaubar werdenden gesellschaftlichen Verhältnissen auch keine Alternative zur Aufklärung. Dabei kann kein Verantwortlicher an der Einsicht vorbeigehen, daß wir es bei einer großen Mehrheit der Menschen mit einer ausgeprägt unpolitischen Haltung zu tun haben. Ein großer Teil der Bevölkerung verspürt nach wie vor kaum einen Anlaß, aus der Privatsphäre herauszutreten und sich mit Politik zu befassen. Politisches Geschehen wird aus einer Zuschauerrolle verfolgt. Die Interpretation politischer Ereignisse und Vorgänge im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang unterbleibt. Politik wird als Angelegenheit der Politiker betrachtet.

Wenn allerdings gewohnte Abläufe nicht mehr funktionieren oder in Frage gestellt werden, wenn der wirtschaftliche Besitzstand bedroht ist oder sonst der gewohnte Alltag gestört wird, dann erst wandelt sich das auf Politik bezogene Alltagsbewußtsein. Die vertraute und selbstverständlich gewordene Routine im Alltag ist gestört und funktioniert nicht mehr. Wo die Begriffe fehlen, das reale Geschehen angemessen zu erfassen, da nisten sich allzuleicht Unbehagen und Angst ein. Emotionalisierung, unartikulierte Kritik und Protesthaltungen finden leichter Nährboden. Es gibt zwar keine empirisch gesicherten eindeutigen Regeln, in welche politische Richtung eine derartige Politisierung des Unpolitischen wirkt. Aber es ist wahrscheinlich, daß eine solche Stimmungslage der jeweiligen Opposition zugute kommt.

*Zunehmende gesellschaftliche Probleme - abnehmende Steuerungskapazitäten des Staates?*

Das Auftreten der Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke erscheint gleichzeitig als eine Art Störung in der Routine des Alltagslebens und als Symptom für Entscheidungsschwäche der Regierung. Dieses mangelnde Verständnis für die wirklichen gesellschaftlichen Konflikte und die politischen und demokratischen Mechanismen wirkt sich zuungunsten der politischen Kräfte aus, die Konflikte und Systemfragen offenlegen und daraus konstruktive Reformschritte ableiten wollen. Distanz zur Politik wirkt sich zugunsten der beharrenden Kräfte, zugunsten der „strukturkonservativen“ Kräfte aus. Mit der Zunahme gesellschaftlicher Probleme, mit zunehmender Undurchschaubarkeit ihrer gesellschaftlichen Entstehung und bei gleichbleibender oder sogar eher abnehmender Steuerungskapazität des Staates öffnet sich eine Schere zwischen dem relativ kurzfristigen Auftreten von Konflikten und ihren eher längerfristigen Lösungsmöglichkeiten, insbesondere in Zeiten eines relativ starken und schnellen gesellschaftlichen Wandels. In dem Maße, wie der Staat nicht auf Probleme sofort mit fertigen, überzeugenden „Patentrezepten“ zurück-

greifen kann, muß er Vertrauenskrisen riskieren oder auf formal-autoritäre Regierungsnachweise zurückgreifen.

Die Anzahl der Konflikte und Probleme, die nicht wirklich schnell gelöst werden können und deshalb Unbehagen und diffuse Kritik in der Bevölkerung steigern werden, dürfen in absehbarer Zeit nicht weniger werden. Das Politisierungspotential eines nach wie vor unpolitischen Bewußtseins dürfte steigen. Daß politisch agierende Gewaltpotentiale entstehen können, wenn sich ein entsprechender „starker Mann“ als „Führer“ anbietet, kann kaum bezweifelt werden. Hier liegt ein weiterer wichtiger Grund zur Intensivierung der Aufklärungsarbeit. Die Demokratie muß gegen ihre autoritären „Beschützer“ verteidigt werden. Wem es darum geht, unsere Demokratie lebendig und funktionsfähig zu erhalten, der muß sich mit einer solchen bürgeroffenen Aufklärungsarbeit bemühen, das Rekrutierungspotential autoritärer Kräfte zu verringern. Deshalb muß in Bürgerinitiativen, so unterschiedlich ihre wirkliche Motivation und Bürgernähe auch ist, das Bedürfnis von Bürgern gesucht werden, politisches Geschehen besser zu verstehen und es - wenn auch im Vorfeld - selbst aktiv mitzugestalten. Es muß versucht werden, Bürgerinitiativen zu einer Verbreiterung des demokratischen Potentials zu führen. Dies wird nur möglich sein, wenn sich ihre Erfolgserlebnisse nicht mehr nur in gelegentlichen Protestaktionen erschöpfen.

#### *Vom kompromißlosen Protest zum politischen Engagement*

Es bedarf deshalb weiterer Anstrengungen in der Vermittlung des politischen Geschehens. Ob es um so unterschiedliche Ansprüche auf aktive politische Teilnahme wie z. B. bei der Sanierung eines Stadtteils geht oder beim Bau eines Kernkraftwerks, immer handelt es sich um einen punktuellen Aktivierungsansatz. Damit ist in den Anfängen häufig ein Schema des vereinfachenden, vielleicht sogar schwarz-weißmalenden Pro-Kontra-Denkens verbunden, das sich u. U. auch seines moralischen Rechts selbstgerecht sicher ist. Man mag das kritisieren, aber man kann auch versuchen, den zunächst aus einer punktuellen Motivation heraus Engagierten die Vielschichtigkeit der Probleme nahezubringen und so das zunächst kompromißlose und unreflektierte Engagement in ein Verhalten überführen, das der Komplexität des Problems und den Möglichkeiten sozialer Gestaltung und politischer Teilnahme besser entspricht, kurz, ihr Engagement „politischer“ zu machen.

Zur aufklärenden Aktivierung der Bürger im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie und des Umweltschutzes scheinen besonders günstige Bedingungen vorzuliegen. Ein Moment ist die persönliche Betroffenheit. Beispielsweise können die Bürger in der Kernenergiediskussion befürchten, daß mit dem Bau eines Kernkraftwerks auch die Veränderung der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur zu erwarten ist und damit auch ein einschneidender Eingriff in ihre Lebensbedingungen. Rasch kamen aber Argumentationen betreffend das hohe und unkontrollierbare Gefährdungspotential bei Unfällen, die Problematik der Wiederaufbereitung,

der Plutoniumwirtschaft und der Endlagerung, des Exports kerntechnischer Anlagen im Zusammenhang der Nichtverbreitung von Atomwaffen, der notwendigen Sicherheitssysteme und Kontrollen in ihren Auswirkungen auf unsere Freizügigkeit und Demokratie hinzu.

Diese Fragen führten aus der Sicht der Bürgerinitiativen zur Forderung nach einem „Moratorium“, nach einer mehrjährigen Pause in der Nutzung der Kernenergie, bis — so die Meinung — durch weitergehende Forschung und Entwicklung die Kernenergie noch sicherer und besser beherrscht werden könnte. Weiter wird die Notwendigkeit der Kernenergie angesichts ihres hohen Gefährdungspotentials überhaupt in Frage gestellt. Damit wurde die Forderung nach einer alternativen Energiepolitik aufgestellt, die durch Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung den Energiebedarfszuwachs begrenzen soll. Dem Ziel der Ausschaltung der Kernenergie soll in dieser Argumentation auch die verstärkte Förderung nicht-nuklearer Energiequellen dienen. Die Grenzen zwischen den Forderungen nach Einsparung von Energie und nach verstärkter Förderung von Alternativen, der Forderung nach einem Moratorium oder völligem Verzicht auf Kernenergie sind fließend und die Meinungs- und Willensbildung ist weder in den Bürgerinitiativen noch in den Parteien und den großen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere den Gewerkschaften, abgeschlossen.

#### *Für eine neue Wertordnung*

Doch es muß heute schon festgehalten werden: Die Resonanz auf die Forderung der Bürgerinitiativen und Kernenergiegegner war deshalb so groß und fand schließlich auch in den Parteien entsprechende Aufmerksamkeit, weil - abgesehen von dem tatsächlich hohen Gefährdungspotential dieser Energiequelle - andere Tendenzen der Entwicklung des ökologischen und ökonomischen Bewußtseins in diesen Protest mit eingemündet sind. Die zunehmende Belastung der Umwelt durch die industrielle Entwicklung hat zu einem allgemein verschärften Umweltbewußtsein geführt. Umgekippte und vom Umkippen bedrohte Flüsse, verschmutzte Luft, zersiedelte und zerstörte Landschaften, großzügige Flächensanierung in alten Stadtkernen und Verkehrsplanungen, der Bau neuer, umweltbelastender Industrieanlagen und vieles andere hatte eine zunehmende Zahl von Bürgern mobilisiert. Zusammen mit der akuten Bedrohung der eigenen Existenzgrundlage in ländlichen Gebieten hat dieses veränderte und geschärfte Umweltbewußtsein den Grund für die Mobilisierung von Bürgern in Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke und für die Resonanz dieses Protests in beträchtlichen Teilen der Bevölkerung gelegt.

Damit hat die Diskussion um die Kernenergie eine neue Dimension angenommen. Heute geht es den Bürgerinitiativen nicht mehr um das schlichte Pro und Kontra, es ist nicht mehr das punktuell sich artikulierende Unbehagen. Es geht letzten Endes um eine andere Wertordnung in der Bewertung unserer gesellschaftlichen

Entwicklung. Heute geht die Diskussion nicht mehr um Umweltschutz allein, sondern um einen viel weiter verstandenen Umweltschutz für die Menschen, der sich in Begriffen wie „Qualität des Lebens“ oder „qualitatives Wirtschaftswachstum“ ausdrückt. Rohstoff- und energieverschwendendes Wachstum führt, so die Umweltschützer, zu einem verhängnisvollen Kreislauf, dessen Nachteile größer sind als seine Vorteile. Eine allein auf quantitatives wirtschaftliches Wachstum gerichtete Politik wird als das eigentliche Grundübel zukünftiger gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung angesehen. Hinzu kommt noch, daß die „Versprechungen“ dieser Wachstumspolitik augenscheinlich nicht mehr einzutreffen scheinen: Vollbeschäftigung, steigender privater Wohlstand und steigende öffentliche Einnahmen als Voraussetzungen einer Reformpolitik für größere soziale Gleichheit und Gerechtigkeit scheinen dauerhaft in Frage gestellt.

Kernkraftwerke, Atomindustrie und „Plutoniumstaat“ werden somit zu politischen Symbolen einer als falsch angesehenen Entwicklung, die die schon vorhandenen ökologischen und ökonomischen Probleme nicht löst, sondern verschärft. Es wird bezweifelt, daß Arbeitslosigkeit durch Wachstumspolitik zu beheben ist. Sie wird vielmehr als Folge der fortschreitenden wissenschaftlich-technischen Entwicklung, von ungesteuerter Automatisierung und Rationalisierung angesehen. So kommt man zu der These, daß vermehrter Energieeinsatz nur zu stärkerer Automatisierung und Rationalisierung führt, so daß schließlich die anhaltende und vielleicht noch steigende Arbeitslosigkeit selbst als Folge des ständig steigenden Energieverbrauchs gesehen wird. Das Argument, daß Verzögerungen im Bau von Kraftwerken zu einer zusätzlichen Gefahr für die wirtschaftliche Konjunktur und die Beschäftigungslage werden können, wird dann natürlich zurückgewiesen. Politiker stehen hier in einer schwierigen Entscheidungssituation. Die eigene wirtschaftspolitische, ökologische und gesellschaftspolitische Bewertung kann nicht zum alleinigen Maßstab des Handelns gemacht werden, wenn sie von weiten Teilen der politisch engagierten Öffentlichkeit nicht nachvollzogen wird. Wenn es uns nicht gelingt, wenigstens mit der Mehrheit der umweltbewußten Bürger einen Grundkonsens über die künftige Entwicklung in unserem Land zu erzielen, dann wird es der SPD überhaupt nicht gelingen können, Mehrheiten für eine auf gesellschaftliche Reformen zielende Politik zu finden. Dort, wo es notwendig ist, für eine Energiepolitik, die sowohl das Umwelt- und Sicherheitsrisiko als auch das Versorgungsrisiko möglichst gering halten will, Rahmenbedingungen zu ändern, müssen in einem breiten Diskussions- und Willensbildungsprozeß auch die entsprechenden Handlungsspielräume geschaffen werden.

#### *Kernenergie: In neuen Zusammenhängen denken*

Am Beginn der öffentlichen Diskussion über Kernenergie und ihre Alternativen stehen die Fragen: Wie wollen wir in Zukunft leben? Welche Art von Wachstum wollen wir? Wie können wir Struktur, Richtung und Qualität des Wachstums beein-

flussen? Denn von der Beantwortung dieser Fragen hängt zum guten Teil auch die künftige Energiepolitik ab. Gleichzeitig geht es - angesichts von Rohstoffknappheit und Umweltbelastung, die mit jeder Art von Energieerzeugung verbunden ist - darum, Energiepolitik auf eine neue Grundlage zu stellen, wie sie die Bundesregierung in den Antworten auf die großen Anfragen der Fraktionen formuliert hat: „Die Erkenntnis setzt sich durch, daß es gegenüber künftigen Generationen nicht mehr vertretbar ist, energiewirtschaftlich aus dem vollen zu leben. Die Verantwortung für die Erhaltung der Rohstoffe für die Energieversorgung künftiger Generationen verlangt von uns, daß nicht erneuerbare fossile Energieträger geschont werden. Unsere Generation muß die alternativen Energien, die technisch zugänglich sind, entwickeln und einsetzen. Zugleich muß eine konzentrierte Energiesparpolitik durchgeführt werden, um den Zuwachs des Energieverbrauchs so gering wie möglich zu halten.“

Die öffentliche Diskussion über die Kernenergie und ihre Alternativen muß dazu genutzt werden, die weiterreichenden energie-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zusammenhänge deutlich zu machen. Wer auf die Option Kernenergie verzichten will, der muß auch bereit sein, die weitergehenden sozialen und politischen Risiken in einem langfristigen politischen Prozeß mitzutragen. Kein Politiker und auch keine Bürgerinitiative kann ernsthaft wollen, daß schwere soziale Probleme entstehen, die unser demokratisches System, wie der DGB unter bestimmten Umständen zu Recht befürchtet, in eine ernsthafte Krise führen. Hier liegt ein Stück Verantwortung, aus dem auch Bürgerinitiativen nicht entlassen sind.

Wenn man anerkennt, daß das letztliche Ziel von Aufklärung darin besteht, die Menschen in die Lage zu versetzen, die realen Verhältnisse und ihre verschiedenen Bewegungstendenzen auch in den Befreiungschancen angemessen zu erkennen und damit die Voraussetzungen für eine kompetente Gestaltung dieser Verhältnisse zu schaffen, dann muß man nicht nur den Anfang, sondern auch die Zwischenschritte dieses Bildungsprozesses akzeptieren, die zu diesem Ziel führen können. Wer für oder gegen die Kernenergie Stellung bezieht, der muß zunächst die energiewirtschaftlichen Alternativen kennen und sie in ihrer heutigen und zukünftigen Bedeutung einzuschätzen lernen. Er muß in einem weiteren Schritt begreifen, in welchem gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang die Energieversorgung steht und welche Optionen mit welchen Chancen und Risiken verknüpft sind, und zwar nicht nur im nationalen Rahmen der Bundesrepublik, sondern weltweit. Er muß sich nicht zuletzt auch damit vertraut machen, welchen gesellschaftlichen Nutzen und welche gesellschaftlichen Belastungen die verschiedenen denkbaren Alternativen mit sich bringen. All dies müssen wir bewerten und darüber befinden, wie wir in Zukunft leben wollen. Bei den vielfältigen Lösungsvorschlägen darf nicht außer acht gelassen werden, daß es bei den verschiedenen denkbaren Lösungen manche geben wird, die in einem demokratischen Staat nicht möglich sind. Hier müssen wir ebenso wachsam sein wie bei Lösungsvorschlägen, die unsere demokratische Gesellschaft wegen ihrer hohen sozialen Kosten an den Rand ihrer Lebensfähigkeit bringen können.